

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Amtstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Differenzen nehmen an: in Berlin: A. Rettemeyer, Rud. Messe; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasestein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Bäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.



Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 2 Uhr Nachm.

Berlin, 4. März. In der Rede bei Gründung des Reichstags äußerte der König seine Freude, daß die bei dem Schluß des letzten Reichstags ausgesprochene Friedenszusicht nicht getäuscht worden ist und blickt mit Genugthuung auf die Erstärkung und Festigung der Bundeseinrichtungen in friedlicher Entwicklung. Die Gesetze über Freiheit der Niederlassung, der Eheschließung und des Gewerbebetriebs haben den nationalen Gedanken des Bundes in's Volksleben eingeführt; die vorzulegende Gewerbeordnung und ein beim Bundesrat in Verathung begriffenes Gesetz über Unterstützung am Wohnsitz sollen diesem Gedanken eine weitere Entwicklung föhren. Es werden Gesetze vorgelegt werden über Beschränkung der Arrestslegung auf Arbeitslöhne, Einführung des Handelsgesetzbuches und der Wechselordnung als Bundesgesetze; in Verbindung mit letzterem steht der von Sachsen vorgelegte Entwurf wegen Errichtung eines obersten Handelsgerichtshofes. Ein Gesetz über gegenseitige Rechtshilfe und ein Wahl-Gesetz für den Reichstag sind bestimmt, Einzelgesetze durch ein gemeinsames zu ersehen, und ein übereinstimmendes Wahlverfahren zu sichern; auch sollen die Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten durch eine Vorlage geregelt werden. — Die Ausführung einzelner in der letzten Session vereinbarten Gesetze und die seit Feststellung des Bundesstaats hervorgetretenen Bedürfnisse haben einen Nachtrag zum Statut erforderlich, der zur Genehmigung vorgelegt werden wird. Der Statut für 1870 fordert uns auf, die Erhöhung der eigenen Bundesinnahmen ins Auge zu fassen. — Die durch Zollermäßigung und durch die Herabsetzung des Briefportoherbegeführten Ausfälle in den Einnahmen erfordern Erfas, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die den einzelnen Staaten durch ungleichmäßige Wirkung der Matrikularbeiträte bereitet werden. — Die Postverträge mit den Niederlanden, Italien, Schweden und den Donaufürstenthümern werden vorgelegt. Die Organisation der Bundesconsulate naht der Vollendung. Hieran anschließend wird die Consular-Convention mit Italien die Befugnisse der beiderseitigen Consuln sicherstellen. Um die Verwaltung der Consulate in Zusammenhang mit der Führung der auswärtigen Angelegenheiten zu erhalten, und die politische Einheit Norddeutschlands in einer der Verfassung und internationalen Bedeutung entsprechenden Form auszudrücken, sind im Statut für 1870 die Ausgaben für Leitung der auswärtigen Bundespolitik und deren Vertretung im Auslande aufgenommen. Die erste Aufgabe dieser Vertretung wird auch in Zukunft die Erhaltung des Friedens mit allen Völkern bilden, die gleich uns die Wohlthaten des Friedens schätzen. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird erleichtert durch die freundliche Beziehungen zwischen dem Nordbunde und den auswärtigen Mächten, vor Kurzem neu bewährt durch die friedliche Lösung der die Ruhe des Orients bedrohenden Spannung. Die Verhandlungen und der Erfolg der Pariser Conferenz sind ein Zeugnis des aufrichtigen Strebens der europäischen Mächte, die Segnungen des Friedens unter gemeinsame Obhut zu nehmen. Angefachtes dieser Wahrnehmung ist eine Nation die sich des Willens und der Kraft bewußt ist, fremde Unabhängigkeit zu achten und die eigene zu schützen, berechtigt, auf die Dauer des Friedens zu vertrauen, den zu fören den auswärtigen Regierungen die Absicht, den Ordnungsfeinden die Macht fehlt. In diesem Vertrauen möge der Reichstag an die Arbeiten gehen in dem Sinne, welcher die Verathungen bisher geleitet, im Bewußtsein der großen nationalen Aufgabe und in der Zuversicht, daß die verbündeten Regierungen an der Lösung dieser Aufgabe freudig mitzuwirken.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 3. März. In dem von dem Ausschuß des Reichsraths angenommenen Finanzgesetze sind die Ausgaben pro 1869 auf 299 Mill., die Einnahmen auf 296½ Mill. beziffert. Das Deficit von 2½ Mill. soll durch Aufnahme einer schweren Schulden gedeckt werden. Der Ausschüßbericht stellt eine Steigerung einiger Einnahmeposten in Aussicht.

Paris, 3. März. Der heute ausgegebene Nachtrag zum Gelbbuche enthält zahlreiche, die türkisch-griechische Anlegenheit betreffende Depeschen, sowie das amtliche Protocoll der Conferenz und das letzte Rundschreiben Lavalette's. Neue Documente sind nicht mitgetheilt. (W. T.)

Der finanzielle Theil des Canalisationsprojectes. II.

Die Kosten der Canalisation incl. der Anschlüsse der Häuser an die Haupt-Canäle sind, wie wir in dem letzten Artikel ausgeführt haben, obwohl die Canalisation erheblich mehr leistet, als jede auch noch so sorgsam geregelte Abfuhr, nur ebenso hoch, als die durch die letztere entstehenden Kosten. Während die Verzinsung und Amortisierung der Canalisations-Anlage 36,000 R. und die Anschlüsse und Hausinrichtungen pro Jahr 26,000 R. erfordern, würden die jährlichen Kosten für die Abfuhr 30,000 R., diejenigen für die Anlegung von cementirten Gruben in 1500 bis 2000 Häusern 13,000 R. jährlich erfordern und außerdem die bisherigen Ausgaben für Reinigung, Unterhaltung der Trummen, Grundwasser-pumpen &c. mit 8- resp. 11,000 R. fortbauern, da die Trummen auch bei geregelter Abfuhr immer noch dazu bestimmt sein würden, das verunreinigte Straßen- und Hauswasser abzuführen. Gegen diese Position wird um so weniger etwas einzubringen sein, als Hr. Baurath Lich t, wie dies von allen Sachverständigen in der Commission anerkannt wurde, dieselbe im Verhältniß zu den in Wirklichkeit bestehenden Ausgaben zu niedrig bemessen hat.

Die Kosten einer geregelten Abfuhr haben wir mit 12½ R. pro Kopf und Jahr angenommen, ein Satz, der in Wirklichkeit schwerlich ausreichen würde. Leider läßt sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen in unserer Stadt ein sicheres Urtheil über die zukünftigen Kosten einer besseren Abfuhr nicht gewinnen, da die jetzige bekanntlich eine sehr unvollständige und ungeregelter ist. Indes haben wir aus allen Details, welche bisher zur öffentlichen Kenntniß gekommen sind, ersehen, daß die Abfuhr jetzt da, wo sie auch nur einigermaßen genügend ausgeführt wird, 15 R. bis 1 R. pro Kopf und Jahr kostet. Es läßt sich nicht annehmen, daß die Kosten in Zukunft geringer sein werden; gleichwohl haben wir nur den Satz von 12½ R. pro Kopf und Jahr in Ansatz gebracht. Ebenso wird man zugeben müssen, daß die Annahme, die Einrichtung von cementirten Gruben in 1500 bis 2000 Häusern, die bis jetzt noch nicht damit versehen sind, werde einen Kostenaufwand von 225,000 R. erfordern, keine übertriebene sei. In den Häusern, in welchen in der jüngsten Zeit cementierte Gruben eingerichtet sind, haben dieselben, wie dies von den betreff. Häusbesitzer in öffentlichen Versammlungen wiederholt mitgetheilt ist, 200 bis 400 Thlr. gekostet. Endlich müssen wir hervorheben, daß der von uns angenommene Durchschnittssatz von 120 Thlr. für den Anschluß eines Hauses an die Straßenanlässe und die Einrichtung im Hause uns nach der Mittheilung der von dem Hrn. Ingenieur Müller für mehrere Häuser gefertigten Anschläge zu hoch erscheint. Wir wollen indes auch bei dieser Position eine Veränderung zu Gunsten der Canalisation nicht vornehmen.

Um nun zu ermitteln, welche Mehrkosten durch die Canalisation resp. durch geregelte Abfuhr der Communallasten und den Häusbesitzern erwachsen wird, müssen wir noch den Betrag der gegenwärtigen Kosten der Abfuhr der Cloakmassen normiren. Wenn wir in Betracht ziehen, daß diese Abfuhr aus den zu der Garnisonverwaltung ressortirenden Gebäuden, dem Stadtgericht, dem Bahnhofe, dem Arbeitshause, dem Polizeigefängnisse und den der Commune gehörigen Schulen die Summe von 3000 R. jährlich kostet, so wird der Betrag, der jetzt im Ganzen von den Behörden und Privaten in Danzig jährlich für die Abfuhr bezahlt wird, auf mindestens 12- bis 14,000 R. bemessen werden können.

Nach Ausführung der Canalisation wird die Commune mehr zu zahlen haben: Binsen der Amortisation der Anlage = 36,000 R. weniger 8000 R., die bei der Unterhaltung der Reinigung der Trummen erspart werden, also in Summa mehr 28,000 R. und die Häusbesitzer: Binsen der Amortisation der Anschlußanlagen = 26,000 R. weniger 23,000 R., die dadurch erspart werden, daß die jetzigen Kosten für Abfuhr (12,000 R.) und diejenigen für Unterhaltung und Reinigung der Trummen, Grundwasser-pumpen &c. (1,000 R.) fortfallen, also die Häusbesitzer mehr 3000 R., in Summa somit mehr gegen jetzt 31,000 R.

Nach Einführung einer geregelten Abfuhr würde die Kämmereicasse mehr gegen jetzt wohl nur einige tausend Thaler (einmalige Ausgabe) für Einrichtung von cementirten Gruben zu zahlen haben, dagegen die Häusbesitzer 13,000 Thlr. für Einrichtung von cementirten Gruben in 1500 bis 2000 Häusern und 18,000 Thlr. Mehrausgabe für geregelte Abfuhr, also in Summa mehr 31,000 Thlr. jährlich.

Die Kosten für die Abfuhr würden jedoch in Wirklichkeit noch größer werden, da der Hr. Polizei-Präsident v. Clausen-witz, wie zuverlässig mitgetheilt wird, die Absicht hat, für den Fall, daß das Canalisations-project abgelehnt wird, sämtliche vorhandenen Cloakgruben nach einer gründlichen Reinigung zuschütten zu lassen und alsdann eine Abfuhr in lustig verschlossenen Gefäßen einzuführen. Nach den in anderen Städten gemachten Erfahrungen, würde eine solche Abfuhr abgesehen von der Anschaffung und Unterhaltung der Gefäße, 17 R. pro Kopf und Jahr kosten.

Landtags-Verhandlungen.

62 Sitzung des Abgeordnetenhauses am 3. März.

Präsident v. Horckenbeck bedauert, daß durch das Fortgehen vieler Abgeordneten das Haus am Schlusse der Sitzungen stets beschlußfähig wird und bittet, daß die Herren ausbarren mögen. In Bezug auf den Löwischen Antrag (Cartellconvention) ist folgendes Telegramm eingegangen: „Graf Bismarck ist krank und kann der Sitzung nicht beiwohnen“. Ich schlage vor, deshalb den Gegenstand von der Tagesordnung abzusezten. Abg. Lasker: Ich wünschte gestern den Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt, damit das Haus sich über ein wichtiges Verfassungsrecht, welches ihm vom Abg. Gneist abgesprochen wurde, aussprechen könne. Heute befürworte ich selbst Absezung, weil gestern wahrscheinlich dieselbe beschlossen wäre, wenn nicht die Linke durch Verlassen des Saales das Haus beschlußfähig gemacht hätte. — Abg. Gneist: Ich will nicht wie Vorredner, von dem ich sehr wünsche widerlegt zu werden, auf den Gegenstand selbst eingehen, aber wenn der Minister bei einer Debatte über auswärtige Politik anwesend zu sein verhindert ist, so muß sie verschoben werden. — Abg. v. Hoverbeck: Der Gegenstand muß auf der Tagesordnung bleiben, um das Schauspiel zu vermeiden, daß ein Abgeordneter für einen am Beginn der Session eingebrachten Antrag an deren Schlüsse nicht einmal zu Wort gelommen ist. Laskers Vorwurf trifft mich nicht, ich war hier, doch hat Niemand das Recht, einem Abgeordneten das Hinausgehen zu verwehren, noch weniger solche Schlufffolgerungen zu ziehen, wie er. — Abg. Waldeck: Hätte der Minister erklärt, nicht heute sondern morgen zu erscheinen, so würde ich für Absezung stimmen, jetzt aber ist kein Grund, eine so außerordentliche Frage, wie die unerhörte Cartell-Convention, abzusezten. — Abg. Gerty: Die Sache ist schon zweimal in der Commission stecken geblieben, man sieht, daß die Regierung derselben alle Hindernisse bereitet (Unruhe rechts). Es handelt sich um wichtige Interessen und diese hätten den Abg. Lasker nicht bestimmen sollen, wegen formeller Bedenken

heute Nein zu sagen, nachdem er gestern Ja gesagt. (Beifall links.) Im Interesse der Freiheit und des Landes bitte ich für Belassung auf der Tages-Ordnung. (Heiterkeit rechts.) Abg. v. Bodum-Dolfs beantragt: „Die Sache von der heutigen Tages-Ordnung zwar abzusezten, aber auf die Tages-Ordnung der Freitag-Sitzung zu stellen.“ Abg. Twesten: Ich bin heute für Absezung, weil der Minister nicht hier sein kann, ebenso sind wir es dem Antragsteller schuldig, nicht fortwährend die Discussion des Antrags zu hindern und aufzuschließen. Waldeck ist ebenfalls damit einverstanden, die Sache auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Abg. Graf Schwerin: Da wir gar nicht wissen, wie lange der Ministerpräsident noch krank sein wird (Heiterkeit links), können wir auch heute noch darüber entscheiden, ob wir übermorgen über die Sache verhandeln können. Präsident v. Horckenbeck erklärt es nicht für zulässig, jetzt schon über die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu beschließen; das könnte erst am Schluss der Sitzung geschehen. (Beifall rechts.) Abg. Dunder: Um irgend eine Directive für unsere Abstimmung zu haben, möchte ich die Frage an den Herrn Präsidenten richten, ob er beabsichtigt, die Sache auf die nächste Tagesordnung zu setzen. (Widerspruch rechts.) Präsident v. Horckenbeck: Ich habe meine Ansicht über die geschäftliche Behandlung eines Gegenstandes nur da zu äußern, wo es die Geschäftsordnung gebietet. Nach der Geschäftsordnung wird aber die Tagesordnung erst am Schluss der Sitzung festgestellt, und ich werde dann meine Meinung darüber aussprechen. (Lebhafter Beifall rechts.) Abg. v. Hoverbeck: Der Herr Präsident hat ganz unnötiger Weise seine Berechtigung und die des Hauses in Frage gestellt. Ich bin der Ansicht, daß das Haus das Recht hat, auch früher einen Beschlüsse über die nächste Tagesordnung zu fassen, das ist nirgends verboten. Die Maßregel des Herrn Präsidenten erscheint mir als eine Verminderung der Rechte des Hauses. (Bustimmung links, Widerspruch rechts.) Abg. Graf Betsch-Huc: Eine Abweichung von der Geschäftsordnung ist nur dann gestattet, wenn kein Mitglied widerspricht, ich erhebe dagegen Widerspruch. (Gelächter links.) Präsident v. Horckenbeck: Der § 30 unserer Geschäftsordnung lautet: „Die Tagesordnung für das Plenum wird durch den Präsidenten vor dem Schlusse jeder Sitzung verkündigt“. Nach dieser Usance sind wir immer verfahren und ich muß den mir vom Abg. v. Hoverbeck gemachten Vorwurf als durchaus ungerechtfertigt zurückweisen. (Beifall rechts.) Das Haus beschließt sodann mit großer Majorität, die Sache von der heutigen Tagesordnung abzusezten (dagegen die Fortschrittspartei und die Polen).

Ueberzeugung des Dotationsfonds der Hilfskassen an die provinzialständischen Verbände. Abg. Twesten beantragt Wiederherstellung der durch das Herrenhaus abgeänderten Fassung; v. Bruchitsch beantragt Annahme derselben. — Abg. Scharnweber und Reg.-Comm. Persius bitten im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes um Annahme der Herrenhausbeschlüsse, Abg. Waldeck meint, wenn man bei dem wiederholten Compromisse das Princip völlig aufgäbe, so sei das kein Compromiß mehr. — Der Antrag Twesten auf Wiederherstellung der früheren Fassung wird angenommen.

Gesetz betr. die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienste. Twesten beantragt gegen den Herrenhausbeschluß, wieder 3 statt 4 Jahre Vorbereitungszeit anzunehmen; Lasse, falls die Herrenhausfassung angenommen wird, die Bestimmung, daß die Referendarien auch bei den Rechtsanwalten mindestens 1 Jahr arbeiten müssen; Diest will die Assessoren 1 Jahr bei einer Lokalverwaltungsbehörde beschäftigen. — Nach der Anfahrung Laskers besteht die Regierung auf 4jähriger Vorbereitungszeit; sie halte sich aber nicht für ermächtigt, einen Referendar zur Beschäftigung in der Verwaltung zu zwingen, sondern müsse diese seinem Ermessen anheimstellen. — Justizminister Leonhardt: Nehmen Sie den Herrenhausbeschluß nicht an, so kann die Vorlage nicht Gesetz werden; erfolgt diese Annahme, so wird die Regierung erwägen, ob trotz der Abänderungen der Regierungsvorlage, in denen sich das Herrenhaus dem Abgeordnetenhaus accommodirt hat, die Annahme möglich ist. Wenn ich auf der vierjährigen Vorbereitungszeit bestehle, trotzdem Sie das Jahr bei der Verwaltung gestrichen haben, so ist das keine Inconsequenz von mir, wie Sie mir vorwerfen. Test hat das Gesetz nur die einzige praktische Neuerung in Beseitigung des Systems der 3 Prüfungen. Alle übrigen Bestimmungen sind ohne Interesse und könnten ohne Gesetz im Wege des Reglements getroffen werden. Sie haben heute bei der Abstimmung nur zu entscheiden, ob die mittlere Prüfung aufzuhören soll. — Abg. Gneist: Die Annahme des Amending Diest würde ein neues Regierungreferendariat schaffen, die Hälfte des noch unausbildeten Referendariums noch halbieren; nur ausgebildete Juristen haben Nutzen von Beschäftigung bei der Verwaltung. Eine 4jährige Vorbereitungszeit ist ein gutes theoretisches Universitätsstudium; durch die 3 Jahre soll Niemand zur Ablegung des Examens in dieser Zeit gezwungen werden, sie sind nur Minimalraum. In anderen Provinzen existieren bis vor Kurzem noch kürzere gesetzliche Fristen. Wenn der Minister erklärt, das Gesetz mit 3 Jahren nicht annehmen zu können, so ist es für mich mit 4 Jahren unannehmbar; 3 Jahre sind bisher ausreichend gewesen in den meisten Theilen Deutschlands und werden es auch künftig sein. (Bravo.) — Abg. Waldeck hat für 3 Jahre gestimmt um das Verwaltungsjahr zu beseitigen, das sei ohne dies geschehen, deshalb werde er jetzt für 4 Jahre stimmen.

Beitung.

die er in der Regel nicht für zu viel hält. Abg. Lasse empfiehlt sein, die Beschäftigung bei einem Rechtsanwälte bestimmendes Amendement. Justizminister Leonhardt fürchtet, daß das Herrenhaus diesem Antrage nicht zustimmen werde, die Regierung muß zwischen beiden Häusern vermitteln, wenn das auch zuweilen nicht gerne gehört wird (Heiterkeit), so führt es doch zu praktischen Resultaten. Nehmen wir nun die Fassung des Herrenhauses an, so erreichen wir den Punkt, in dem alle Parteien einverstanden sind, Wegfall der mittleren Prüfung. — Die Amendements Westen und Lasker werden abgelehnt, das Gesetz in der Herrenhaussfassung mit sehr großer Majorität angenommen. Ein Resolution des Abg. v. Bonin (Genthin), die Regierung aufzufordern, 1) die gesetzliche Regelung der Vor- schriften über die Beschriftung zu den höheren Amtmännern der Verwaltung so zu beschleunigen, daß dieselbe gleichzeitig mit der schon eingeleiteten Gesetzgebung über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienste zur Ausführung kommen kann; 2) bis dahin das Regulativ vom 14. Februar 1816 betreffend die Beschriftung zu den höheren Amtmännern der Verwaltung, vollständig zur Ausführung zu bringen, befürwortet der Antragsteller, weil das jetzige Verfahren der Regierung den Bestimmungen des Regulativen und ihrer eigenen Würde nicht entspreche. — Reg.-Comm. Wolff: Ich bedauere, daß der Hr. Abg. von Bonin das Verfahren der Regierung mit einem Ausdruck bezeichnet hat, welchen er nicht hätte anwenden sollen. (Unterbrechung und Widerspruch links.) Ich bitte, meine Herren, lassen Sie mich aussprechen; ich bedauere es, daß der Hr. Abg. von Bonin eine Verfügung der Regierung als eine ihrer Würde nicht entsprechende bezeichnet hat. Abg. v. Bonin (persönlich): Der Hr. Regierungs-Commissar hat gemeint, daß es besser gewesen wäre, wenn ich nicht gesagt hätte, daß meiner Auffassung nach das Verfahren der Regierung in dem angegebenen Falle der Würde der Regierung nicht entspreche. Das ist meine Auffassung und diese auszusprechen halte ich mich für ebenso berechtigt wie verpflichtet (Beifall links); und ich habe vorhin schon gesagt, daß, wenn ich in der Lage gewesen wäre, als Beamter dieser Verfügung gegenüberzustehen, ich ihr gar nicht ohne Protest Folge gegeben hätte (Beifall links). Die Resolution wird mit sehr großer Majorität genehmigt. (Dafür auch die Freiconservativen und ein Theil der Rechten.)

Das Haus vertagt sich bis Freitag 11 Uhr. Für die nächste Tagesordnung schlägt der Präsident vor, den Nothstandsbericht, Staatsüberschreitungen von 1866 und 1867, den Antrag Löwe und Petitionen. — Abgeordneter Graf Bethush-Huc beantragt Absezung des Löwe'schen Antrages. — Abg. Löwe: Bei der Interpellation war die Anwesenheit des Ministers nötig, bei dem Antrage genügt die commissarische Vertretung, so sehr man die Abwesenheit des Ministers bedauern mag. — Abg. v. Diest beantragt an Stelle des Löwe'schen Antrages das Indigenatgesetz auf die Tagesordnung zu setzen. — Abg. Dr. Birchow: Durch den Bericht sei die Frage der Verfassungsmöglichkeit in den Vordergrund getreten, welche die Anwesenheit des Justizministers wichtiger erscheinen lasse als die des Ministerpräsidenten. — Abg. Graf Bethush-Huc: Die Hauptfrage bleibe die nationale, und wenn er auch kein Mann der bleichen Frucht sei, so ständen doch zu wichtige Fragen auf dem Spiel. Mit dem Abg. Lasker dem Hause keine Bedeutung in dieser Sache beizulegen, sei er als Abgeordneter zu stolz. Abg. Lasker: Er habe gestern gesagt, daß keine Verhandlungen in diesem Hause das nationale Interesse schädigen werden. Graf Bethush-Huc kann noch so stolz sein und doch diese Ansicht teilen. (Heiterkeit.) Das Haus beschließt mit Majorität (zu der mit vielen Hannoveranern wie v. Bennigsen, auch v. Unruh, Wehrenpennig, Bähr, Graf Schwerin, die Altkonservativen, die Rechte und die Freiconservativen gehören) gegen die Fortschrittpartei, die Mehrzahl der Nationalliberalen und Windthorst (Meppen) die Absezung des Löwe'schen Antrags von der nächsten Tagesordnung.

Berlin, 3. März. [Der Reichstag] wird in den Räumen des Herrenhauses nur am 4. März, nach der Eröffnungsfeier im Weißen Saale, eine kurze Sitzung halten, wogegen am 5. und 6. der Sitzungssaal des Herrenhauses für den Reichstag nicht in Anspruch genommen werden dürfte. (Krz.-B.)

— [Gerüchte.] Abgeordnete wollten heute vermuten, Graf Usedom werde den jekigen Gesandten Preußens in Dresden, Hrn. v. Eichmann, zum Nachfolger erhalten. Über die Besetzung der vacanten Verwaltungsstellen in Stralsund, Danzig &c. sollte, einem Gerüchte zufolge, in einer heut stattfindenden Staatsministerialtagung berathen werden. (B.-u. H.-B.)

— [In Sachen der confessionlosen Schulen] sagt die "Prov. Corr." nach Anführung der Erklärungen des Herrn v. Mühlner: "Aus der Erklärung des Ministers ist jedoch zu entnehmen, daß die Staatsregierung dem Wunsche des Hauses keine Folge geben kann."

— [Marine.] Laut eingegangener Meldung beim Oberkommando in Kiel, befand sich die Freigate "Nobis" am 1. Febr. c. auf Dominique (Westindien). — Wie verlautet, ist von der 4monatlichen Indienststellung sämtlicher Panzerschiffe der Bundesmarine, welche im Etat pro 1869 vorgesehen war, Abstand genommen worden und ebenso sollen auch die beabsichtigten Erweiterungen der Hafenbauten in Kiel nicht vollständig zur Ausführung kommen. Die hierdurch ersparten Summen sollen zum Bau von Strandbatterien verwendet werden. (C. S.)

— [Geld für die Lehrerwitwen.] Als vor Jahren gegen das Votum der Volksvertretung plötzlich 7 Millionen R. für die Armee mehr ausgegeben wurden, da hieß es — so schreibt man der Presse von hier — das gehe auch ganz gut, denn die natürlichen Mehreinnahmen belaufen sich auf 13 Millionen. Hente decretirten die Abgeordneten als Minimalsatz der Pension für die Witwe eines Elementarlehrers 50 R., und der Cultus-Minister sagte sofort: dann gefährdet ihr das Pensionsgesetz, dann muß der Staat Buschus leisten, und das kann er nicht. Die Abgeordneten haben zwar trotzdem ihren Beschluß aufrecht erhalten, aber einen Schreck bekam jeder darüber, daß für die Träger der Volksbildung nicht 50 R. Pension für ihre Frauen da sein sollen, wenn sie nach einem mühevollen Leben die Augen schließen. Der Staat belastet sich mit zweihunderttausend Thaler jährlich, denn das Altermeiste tragen zu den Pensionen die Gemeinden bei, der Staat schiebt zu jeder einzelnen Pension nur ein paar Thaler bei. Aber er hat sie nicht, wie der Cultusminister sagt, und Herr v. Mühlner ist nicht der Mann, der sich mit dem Finanzminister überwirft, um seinem Ressort aufzuhelfen. Herr v. d. Heydt freut sich, daß ihn der Cultus- verwaltung mit Finanzansprüchen ungeschoren läßt, also eignet

sich keiner besser zum Minister für geistliche und Schulangelegenheiten, als der genügsame Hr. v. Mühlner.

— Der sächsische Bevollmächtigte beim Bundesrat hat einen Gesetzentwurf eingereicht, welcher die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelschäfte im Bunde bezweckt, um auf diesem Gebiete die wünschenswerthe Rechtseinheit zu erzielen. Der Gerichtshof soll seinen Sitz in Leipzig haben, den Namen "Bundes-Ober-Handels-Gericht" führen, und seine Mitglieder sollen als Beamte des Nordb. Bundes ihre Besoldung erhalten.

— [General Moltke] ist, um der Feier seines Jubiläums am 8. d. M. aus dem Wege zu gehen, nach seinem Gute Kreisau, wo seine Gattin ruht, abgereist und kehrt erst am 12. d. wieder zurück. (H. N.)

— [Falsche Adresse.] Im Abgeordnetenhaus ist gestern nachträglich noch aus dem Münsterlande eine Petition gegen confessionlose Schulen mit angeblich 97,000 Unterschriften eingegangen. Beim Durchblättern derselben hat ein Abgeordneter gefunden, daß wahrscheinlich ein Versehen stattgefunden haben muß, indem ein großer Theil der Unterschriften aus Mädchen- und Knabenschulen herrührt und zu einer Gratulationsadresse an den Papst bestimmt war.

— [Ein sozialer Reichstags-Candidat.] In dem erledigten Reichstag-Wahlbezirk Pirna ist noch der Führer der Lassalleianer weiblicher Linie, Frl. Mende, als Bewerber aufgetreten. Er hat eine "Proclamation" erlassen, welche mit den welterschütternden Worten schließt: "Lassalleianer! Unser großer Nationalheld Schiller sagte: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht alles segt an ihre Ehre! Nun zeigt, daß Ihr ein Volk seid, das dieses Wort beherigt. Geht mutig in den Kampf und zählt nicht die Reichen Eurer Gegner; dazu ist Zeit, wenn wir sie erschlagen haben."

— In dem zur Berathung stehenden Gesetzentwurfe, die Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten betreffend, ist bestimmt, daß die Pensionen der Bundesbeamten, wenn die Versetzung in den Ruhestand nach vollendetem 10., jedoch vor vollendetem 11. Dienstjahr eintritt, 20% der von dem Beamten zuletzt bezogenen Gehaltsbeträgen und von da ab mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahr um 1/80 dieses Gehalts steigen soll. Bei servirenden Militärbeamten soll der zuletzt bezogene Servis als ein Theil des Gehalts betrachtet werden. Über 60% des zuletzt bezogenen Gehalts hinaus soll jedoch eine Steigerung der Pension nicht mehr stattfinden dürfen. Bei Stellen, deren Gehalt mehr als 4000 R. beträgt, soll von dem überschießenden Betrage nur die Hälfte in Anrechnung gebracht werden. Das Wartegeld soll bei einem Gehalt von 150 R. ebenso viel wie das Gehalt, bei größerem Gehalte jedoch nur 2/3 dieses letzteren betragen. Einstweilen in den Ruhestand versetzte Bundesbeamte sind, bei Verlust ihres Wartegeldes, gehalten, ein ihnen übertragenes Bundesamt anzunehmen.

— [Frankfurter Oppositionsfeier.] Daß die Art des Ausgleichs mit Frankfurt dort nicht überall günstig aufgenommen ist, beweist eine Correspondenz der "A. A. Z." Unsere glückliche Deputation, heißt es dort, wird nicht eben glänzend empfangen werden. Man ist über die Abmachung nicht im geringsten erstaunt in der Bürgerschaft. Das Wort "Gnadengeschenk" hat für unser Gefühl einen so entschieden ungünstlichen Klang, daß die Million mit ihren Silbertönen nicht dagegen auftommen kann. Man bedauert unendlich, daß die Million im vorigen Jahr nicht nach Ostpreußen gewandert ist, denn ein Grund, die steuerfähige Stadt mit einem Geschenk zu beglücken, lag nicht vor. Frankfurt hat Rechte und Ansprüche an den Staat gestellt, und die Gnade kommt materiell dem Staat Preußen, formell aber der Stadt Frankfurt zu Gute. Wem liegt nun der Dank für dieses Geschenk ob? darüber will man die Deputation interpelliren und zur Rechenschaft ziehen. Wie wir vernehmen, wird man sich zunächst darauf berufen, daß man die Vollmacht zum Abschluß auf Herausgabe von drei Millionen von Seiten des Staats gestellt habe. Ein Geschenk anzunehmen sei die Deputation nicht befugt gewesen. Wenn der König das Geschenk dem Staat Preußen gegeben, und dieser letztere es Frankfurt weiter giebt, so dürfte jedenfalls eine Dankdagung überflüssig sein, sollte aber an die Gabe die Bedingung des Dankes geknüpft sein, so dürfen wir mit Sicherheit erwarten: daß die Stadtvorordneten ihre Zustimmung zu dem Geschenk ablehnen. Dies ist die wahre Gesinnung selbst der ruhigsten und besten Bürger (?), die ihren Bürgerstolz nicht so weit verleugnen können, daß sie statt eines Rechtsanspruchs ein Gnadengeschenk bieten lassen, das von Herrn v. d. Heydt in dieser mehr als eigenthümlichen Weise erläutert worden ist.

Posen, 3. März. Die Angabe, Herr v. Horn solle Oberpräsident von Preußen werden, wird der "Ostb. Blg." als unbegründet bezeichnet.

Putbus. [Geistliche Sittenpolizei.] Man schreibt der "Ostb. Blg.": "Bei den andernwo sich zeigenden Übergriffen Seitens der Geistlichkeit wollen wir nicht vergessen, daß auf Wittow ein Herr Pastor zu Neujahr sich herausgekommen hat, von der Kanzel aus, nicht, wie sonst der Usus ist, die Gesamtsumme der ehelichen und unehelichen Geburten seinen andächtigen Buhörern kund zu machen, sondern jede Mutter, die außer der Ehe geboren hat, mit ihrem vollen Namen vor der Gemeinde bloßzustellen! Das ist doch ein starkes Stück geistlicher Machtvolkommenheit!"

Frankfurt a. M., 2. März. [Die Stadtvorordneten-Versammlung] beschloß den Vertrag zur Prüfung an eine Commission zu überweisen, deren Mitglieder v. Steyder, Stadermann, Sonnemann, Neinganum, Sauerländer, Scherzenzki, Brier sind. (W. T.)

Köln, 3. März. Die englische Post, aus London den 2. d. M. früh, ist ausgeblieben.

Darmstadt, 2. März. [Reichstagswahl.] Das Ergebnis der Reichstagswahl in Oberhessen ist aus 32 Ortschaften bekannt. Dr. Oppenheim (nat.-lib.) erhält 3783, Leuff 1985 St. Die Abstimmung in den übrigen Ortschaften kann das Wahlresultat voraussichtlich nicht mehr ändern.

Oesterreich. Wien, 3. März. [Dementi.] Die "Pr." bestreite, daß der Kaiser eine Zusammenkunft mit dem König von Italien haben werde.

— [Zur Durchführung der Verfassung bestimmen] über die persönliche Verantwortlichkeit der Staatsbeamten ist hier ein neuer Schritt gethan. In einem Erlass ordnet Minister Gisela an, daß das Vorschreiben der Behörde als solcher aufzuheben habe und daß in den Bescheiden von nun ab der Statthalter oder dessen Stellvertreter im eigenen Namen sprechen. Gleichzeitig wird auch angeordnet, daß die Erledigungen präcis abgesetzt und motiviert werden sollen. Der Erlass des Unterrichts-Ministers bezüglich der Durchführung der Schulaufsichts-Verordnung wird von den Statthaltern bereits vollzogen. Die erste bezügliche Meldung liegt uns aus Laibach vor. Der Landes-Präsident enthebt das fürsterzbischöfliche Consistorium, den Schul-Oberauffeher und die Schuldistrikts-Aufseher ihrer Functionen und überträgt dieselben der Landesregierung und in Bezug auf die Landeshauptstadt der Stadtgemeinde. (R. S.)

Frankreich. Paris, 2. März. [Der gesetzgebende Körper] fuhr heute in der Berathung der Vorlage betr. die Stadt Paris fort. Preußisch sein Avenement, welches eine direkte Anleihe verlangt. Nouher belämpfte dasselbe und empfahl eine sofortige Anleihe von 150 bis 200 Mill., auf welche später eine zweite Emission von 265 Mill. folgen könne. Magne erklärte, es liege im Interesse der Stadt, den

Vertrag mit dem Crédit foncier aufrecht zu halten, da man gleichzeitig die Freiheit behalte, behufs Rückzahlung an den Crédit ein Anteilen zu machen, wenn die Umstände dafür günstig seien. Féchy meinte, der Crédit foncier werde es nicht bedauern, wenn der Vertrag nicht realisiert werde. Picard, Thiers, Jules Favre und Andere sprechen gegen Aufrechterhaltung des Vertrages, weil das die begangenen Unzulänglichkeiten billige hieße. Das Avenement von Beyrouth zurückgezogen, und von Javal wieder aufgenommen, wird hierauf mit 147 gegen 97 St. verworfen. (W. T.)

— Das Jou al "People" meldet, Frankreich habe Belgien aufgefordert, in rein kommerzielle Verhandlungen über die Eisenbahngeslegenheit einzutreten. Eine jede Verzögerung der Antwort Belgiens auf diese Aufforderung würde in hohem Grade bedauerlich sein.

— [Offizieller Nachruf.] Der Kaiser hat, wie sein amtliches Blatt sagt, einen seiner ergebensten Diener und Frankreich eine seiner größten politischen Verdiensttheiten verloren. Herr Troplong, Mitglied des geheimen Rates, Präsident des Senats, erster Präsident des Cassationshofes, ist der schmerzlichen Krankheit erlegen, welche vom ersten Augenblick an einen so beunruhigenden Charakter angenommen hatte. Das Land wird sich dem Bedauern anschließen, welches dieser Tod dem Souverain, dem Senat und der Magistratur einflösst. Herr Troplong hat einen großen Anteil an allen denkwürdigen Acten der jetzigen Regierung genommen. Präsident des ersten Staatskörpers, dessen Obhut die Verfassung auvertaut ist, werden die Berichte, welche er über alle Verfolgungen des Grundpactes geschrieben hat, die schönsten Seiten der constitutionellen Geschichte unserer Köln. Blg." über den Verstorbenen. Troplong's Name und Bedeutung — heißt es da — geht über die Grenzen Frankreichs kaum hinaus. Er war ein guter, arbeitsamer Jurist, der vierzig Jahre alt, zum Rat am Cassationshofe ernannt wurde; sein Hauptwerk ist das Droit civil expliqué. Schon von Ludwig Philipp ward er ausgezeichnet und 1846 zum Pair ernannt. Zu einer politischen Rolle wurde er unter dem Kaiserreich erhoben, wozu er sich durch den Mangel an festen Prinzipien empfahl. Nachdem er der Restaurierung und der Juli-Dynastie gedient, schloß er sich der Republik an. Er betrachtete die Republik nur als eine Übergangsstufe und säumte nicht, sich der aufgehenden Sonne L. Napoleon's zuzuwenden, und wurde schon 1852 zum Präsidenten des Senates und ersten Präsidenten des Cassationshofes ernannt. Troplong verfaßte alle Senats-Consulte, durch welche seit 1852 die Verfassung einigermaßen im Sinne größerer Freiheit abgeändert wurde. Im Übrigen ist seine Vereksamkeit nicht besonders zu rühmen gewesen. Selbstverständlich bezog er ein großes Gehalt, war aber keineswegs geizig, sondern verausgabte einen großen Theil seiner Einkünfte. Dabei war er mildthätig, und man schätzt die Summe, welche er jährlich für wohlthätige Zwecke verausgabte, auf 15,000 Franken. Was man ihm besonders nachrichtet, ist seine ungeheure Arbeitskraft, und bis in die letzten Jahre schrieb er noch fortwährend für die Désenflich, selbst Artikel für die Gerichtszeitungen. Ein hervorragender, unabhängiger Charakter war er nicht; einen solchen konnte das Kaiserreich auch nicht gebrauchen. Aber "der Präsident" wird schwer zu ersehen sein; das ist das Beste, was man ihm nachrichten kann.

Rumänien. Bukarest, 2. März. [Der französische Consul] hat in einer sehr energischen Note bei der bessigen Regierung gegen die Ausweisung des Polen Dunin protestirt, welcher überführt war, falsche und alarmirende Nachrichten über die Zustände in Rumänien verbreitet zu haben.

(W. T.)

Danzig, den 4. März.

* [Danzig-Eösliner Eisenbahn] Die Banpläne für sämtliche Strecken sind aus dem Ministerium zurückgekommen und wird mit Eintritt günstiger Witterung der Bau auf allen Punkten kräftig in Angriff genommen werden.

* Von Hrn. Sanitätsrath Dr. Abegg geht uns folgendes mit Bezug auf eine der "Bresl. Blg." entnommene Mittheilung zu:

"Die gefriige Abendzeitung enthält eine unrichtige Mittheilung über die Angaben, welche ich brieslich einem Mitgliede der Breslauer med. Fakultät über das in Schlewan geborene Kind gemacht habe. Ich habe nur folgendes berichtet:

"1) daß weder Kopf noch andere Kindesheile wahrnehmbar seien;

"2) ausdrücklich, daß sich davon auch viele andere Arzte überzeugten;

"3) daß die Natur der Geschwulst, ob rudimentärer Fötus, oder Cysto-Sarcorn, — sich vorläufig nicht entscheiden lasse.

Dr. Abegg."

Ferner schreibt Hrn. Sanitätsrath Dr. Preuß aus Dirschau folgendes:

"Das Kind ist vollkommen wohl ohne alle Beschwerde. Der Umfang der Basis der Sacralgeschwulst, welcher am 18. Februar 23 Centimeter mach, war bis zum 2. März auf 24 Em., der größte Umfang von oben nach unten gemessen in derselben Zeit von 30 Em. auf 31 Em. gestiegen. Die Bewegungen dauern kräftig fort. Die in der "Breslauer Zeitung" ausgesprochene Ansicht, daß sich die Sache auf eine Spina bifida mit Cysto-Sarcorn zu reducire scheine, wird niemand aufrecht erhalten wollen, der die Geschwulst jetzt untersucht, da ein knochenbarer runder Körper, der nur der Kopf eines Fötus sein kann, dicht unter der Hautoberfläche zu fühlen ist. Auch werden in Cystosarcomen ähnliche Bewegungen niemals beobachtet, sind auch in keinem medicinischen Schriftsteller beschrieben worden. Erst die Zukunft kann Gewißheit über die größere oder geringere Vollständigkeit des jedenfalls vorhandenen Fötus geben."

* [Ernennung.] Dem bisherigen Königl. Wasserbaumeister Dieckhoff zu Rothenburg ist, unter Ernennung zum Kgl. Wasserbau-Inspector, die Stelle eines solchen zu Kulerneese (Reg.-Bez. Gumbinnen) verliehen worden.

* [Armen-Verein.] In Königsberg hat sich in diesen Tagen ein Armen-Unterstützungsverein zur Verhüllung der Betteler gebildet und unter Vorst. des Hrn. Bürgermeisters Br. v. Reichenstein constituit. Zur Bezeichnung von Beiträgen fordern folgende Herren auf: Andersch, Commerzienrath. Becker, Commerzienrath. Boehm, Oberamtmann. v. Facius, Stadtrath. Fähse, Lehrer. Guertler, Kaufmann. Hagen, Apotheker. Hartung, Buchdruckereibesitzer. Hilbert, Kaufmann. Dr. Hirsch, Stadtrath. Krueger, Stadtrath. Lackner, Diaconus. Levinson, Kaufmann. Moebius Polizeirath. Dr. J. Möller, Arzt. Moser jun., Kaufmann. Ostdorf, Fabrikbesitzer. v. Reichenstein, Bürgermeister. Samter, Banquier. Schlemka, Tribunalrath. Schnabel, Kaufmann. Dr. Troje, Arzt. Franz Wiegler, Kaufmann. D. Wien, Commerzienrath. F. Wien, Kaufmann. Das Statut des Vereins ist dem des Danziger Vereins ähnlich.

± Elbing, 3. März. [Wasserleitung, Concert.] Der Magistrat hat beschlossen, Herrn Baurath Henrich einzuladen, damit er vor einer öffentlichen Volksversammlung sein

Project der Elbinger Wasserversorgung erläutern und etwa gegen einzelne Punkte oder Ausstellungen dort von den Bürgern geäußerten Bedenken beantworten und widerlegen können. Herr Henoch hat sich hierzu bereit erklärt und wird uns zu diesem Zwecke in den ersten Tagen nächster Woche besuchen. In einzelnen Theilen scheint unsern Behörden der Anschlag des Herrn Henoch zu billig gewesen zu sein, so meinen sie, daß die Preise der Leitungsröhren höher angesetzt sein müssten und haben dieserhalb wegen Gewicht, Stärke und Preis umständliche Erkundigungen eingezogen. Wir sind der Meinung, daß ein so bewährter Techniker, der jährlich viele Millionen Fuß Leitungs-Röhren verwendet, unbedingt mit seinen Angaben Glauben verdient, da kaum anzunehmen ist, daß er, um solch ein Project um einige hundert oder tausend Thaler billiger erscheinen zu lassen, unzweckmäßige Vorschläge machen werde. Außerdem sind von ihm die Röhrepreise durch verschiedene Preiscouranten belegt. Die Elbinger Wasserleitung wird übrigens einer der schönsten und zweckmäßigsten wegen der Kürze ihres Weges und der Reichhaltigkeit des Quellengebiets, sie wird auch die allerbilligste von allen die bisher in sämtlichen Städten Europas angelegt sind. Bissher hatte Plauen die Röhre, dort kostet die Leitung für eine Stadt von 20,000 Einwohnern 85,000 R., also über 4 R. pro Kopf; in Elbing wird der vorläufige Ausbau wenig mehr als 1 R. und selbst die Ausbreitung des Wassernebes nur ca. 1 R. pro Kopf der Bevölkerung kosten. Das Berliner Streichquartett spielte am Sonntag hier mit vieler Beifall, aber vorwiegend gefülltem Saale.

Marienwerder, 3. März. [Schwurgericht. Verfassung. Theater.] Mit wie harten Schlägen die Not im Vorjahr auf die Thüren der Armen geklopft, davon geben Zeugniss die diesmaligen Schwurgerichtsverhandlungen. Nur dieses Motiv lag klar bei verschiedenen schweren Diebstählen, die am ersten Tage unter Anklage standen. Bei diesen konnten mildernde Umstände angenommen und das Strafmaß erheblich verringert werden. Herzzerreibend aber war das Bild, daß sich gestern vor den Augen der Geschworenen aufrollte. Mögen hier die Umrisse ausgezeichnet werden. Mathilde Falinsta aus Unterschloß bei Neuse stand unter der schweren Anklage, Ende Februar v. J. ihr 2 Jahr 2 Mon. altes uneheliches Kind vorsätzlich und mit Überlegung getötet zu haben. Sie hatte ein umfassendes Geständnis bereits früher abgegeben und war in einer Schwurgerichtssitzung im Vorjahr ohne Buzierung der Geschworenen, da sie eben geständig gewesen, zum Tode verurtheilt worden. Mit Erfolg war die Nichtigkeitsbehauptung eingeleget, weil die Angeklagte die Überlegung nicht ausdrücklich zugegeben habe, der Vertheidiger das Vorhandensein der selben in Abrede gestellt hatte und deßhalb die Geschworenen zu befragen gewesen wären. Das Gesetz strafft die vorsätzlich und mit Überlegung erfolgte Tötung eines Menschen als Mord mit dem Tode, wenn dagegen die Tötung ohne Überlegung erfolgt ist, als Totschlag mit lebenslänglichem Bußhaus. Nur um diese Alternative handelte es sich jetzt. Die Angeklagte wiederholte ihr Geständniß, daß sie den Vorfall gefaßt habe, sich ihres Kindes zu entledigen; — daß sie den Vorfall mit Überlegung gefaßt, gestand sie nicht, oder vielmehr, sie verstand nicht, was damit gemeint sei. Sie war längere Zeit dienstlos gewesen, hatte deshalb das Pflegegeld für ihr Kind nicht zahlen, auch trotz vielfacher Bemühungen keinen Dienst und keine andere Arbeit finden können. Die Pflegerin brachte das Kind zu der verheiratheten Schwester der Angeklagten. Auch hier war bittere Not. Die Schwester und deren Mann batten lärglichen Verdienst, bisweilen gar keinen, und in Folge dessen manchen Tag nichts zu leben und oft lange lang nichts anderes als Brod, das in den schmalsten Bissen verteilt werden mußte. Vorwürfe gegen die Angeklagte, die mit ihrem Kinde die schon zahlreiche Familie vergrößerte, konnten nicht unterbleiben. Da beschloß die Angell., das Kind zu ertränken, trug sich mit diesem Entschluß drei Tage umher und brachte ihn dann zur Ausführung, indem sie unter dem Vorwande ihrer Schwester gegenüber, das Kind anderweit unterbringen zu wollen, sich mit demselben entfernte und es in die hoch angehöhlte Feste warf, in der dasselbe alsdann auch den Tod gefunden. Dies ergab das Geständniß und die Beweisaufnahme. Der Vertheidiger stellte die Überlegung in Abrede. Die Not habe sie gedrängt und eine ruhige besonnene Verstandeshäufigkeit bei ihr nicht aufkommen lassen. Auch die Geschworenen neigten sich dieser milden Auffassung zu und verneinten das Vorhandensein der Überlegung. Die Angeklagte wurde wegen Totschlags zu lebenslänglichem Bußhaus verurtheilt. — Kreisrichter Kähler aus Schönbeck ist an das Kreisgericht in Marienwerder in gleicher Eigenschaft versetzt worden. Am Donnerstag beginnen nun die Vorstellungen der Kullad'schen Theatergesellschaft.

Vermischtes.

Grevenbroich, 27. Febr. Heute hat man schon vollständig ausgebildete Maßstäbe in den Gärten an Remontantrosen gefunden, zwei volle Monate vor der gewöhnlichen Zeit ihres Erscheinens. (R.B.)

New-Orleans, 12. Febr. [Ein Schiff verbrannt.] Der Dampfer "Nellie Stevens" im Caddo See, am Red River, ist in voriger Nacht verbrannt, und 63 Menschen haben dabei ihr Leben verloren. Es überlebten die Katastrophe 43 Personen, die durch den Dampfer "Dixie" nach Jefferson gebracht wurden. Das Dampfboot und die Ladung sind total verloren. Der Betrag des entstandenen Schadens ist noch nicht ermittelt worden.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung. Frankfurt a. M., 3. März. Amerikaner 85%, Creditactien 286%, Staatsbahn 316%, steuerfreie Anleihe 53%, Lombarden 226%, 1860er Loos 84%, 1864er Loos 121%, Nationalanleihe 56%, Anleihe der 1859 66%, Silberrente 58%, Papierrente 52%, Türken 41%, Lebhaft.

Wien, 3. März. Creditactien 300, 80, Staatsbahn 332, 50, 1860er Loos 103, 70, 1864er Loos 126, 80, Anglo-Austrian 294, 50, Franco-Austrian 139, 00, Ungar. Creditactien 111, 00, Galizien 217, 75, Lombarden 235, 70, Napoleons 9, 91. Sehr seit.

Hamburg, 3. März. Weizen vor März 5400% 115 Bancothaler Br., 114 Gd. Roggen vor März 5000% 88 Br., 87 Gd. Hafer flau. Rübbel loco 20%. Spiritus vor März 20%. Kaffee fest. Bink rubig. Petroleum loco 16%, vor März 15%.

Berliner Fondsbörse vom 3. März.

Eisenbahn-Aktien.

Dividende pro 1867.		31.	
Dest.-Franz.-Staatsb.	8½	179-80-79½ bʒ	
Oppeln-Tarnowiz	—	5	
Ostr.-Südbahn St.-Pr.	—	5	
Rheinische	7½	70½ B	
do. St.-Prior.	4	115½-16 bʒ u G	
Athen-Maibahn	0	29½ bʒ	
Russ. Eisenbahn	5	85½ bʒ	
Stargardt-Posen	4½	93½ bʒ	
Südböhm. Bahnen	6½	129½-30½-30 bʒ	
Thüringer	8½	136½ et bʒ	
Prioritäts-Obligationen.			
Kursl.-Chartow	5	80½ bʒ u B	
Kursl.-Kiew	5	81½ et bʒ u B	
Bank- und Industrie-Papiere.			
Dividende pro 1867.	31.		
Berlin. Kassen-Verein	9½	158½ G	
Berliner Handels-Gei.	8	126½ bʒ	
Danzig	5½	105½ B	
Disc.-Comm.-Anthell	8	118 et bʒ u G	
Magdeburg-Leyzig	6½	109½ B	
Königsberg	4	89½ B	
Magdeburg	7½	123-23-1½ bʒ	
Oesterreich. Credit-	do.	neueste 4½ 81½ bʒ	
Niederschles.-Märk.	4	87½ B	
Niederschles.-Bahn	3½	87½ bʒ	
Oberthies. Litt. A. u. C.	13½	178½ bʒ	
do. Litt. B.	13½	161½ bʒ	
Komm. R. Privatbank	4½	85½ et bʒ	

Bremen, 2. März. Petroleum, Standard white, loco 6½ a 6½.

Amsterdam, 3. März. Weizen loco geschäftlos. Roggen loco unverändert, vor März 195, vor Mai 197, vor October 194. Raps vor Herbst 67%, Rübbel vor Mai 33%, vor Herbst 35%.

London, 3. März. Fremde Zufuhren seit gestern Montag: Weizen 11,470, Gerste 5460, Hafer 11,490 Qs. Ungeachtet der kalten Witterung sehr schwacher Marktbesuch. Geschäft sehr gering. Weizen- und Gerstenpreise unverändert, nominell. Hafer völlig leblos.

London, 3. März. Consols 92½, 1% Spanier 32½, Italien. 5% Rente 56%, Lombarden 19%, Mexicano 15%, 5% Russen de 1822 87, 5% Russen de 1862 87½, Silber 60%, Türkische Anl. de 1865 41½, 8% rum. Anl. 86½, 6% B. St. vor 1882 81%.

Glasgow, 3. März. Rohreisenmarkt. (Von Robinsons und Marjoribanks.) Preis für Mixed number Warrants 53, 10d.

Liverpool, 3. März. (Von Springmann & Co.) Baumwolle 10,000 Ballen Umsatz. Middling Orleans 12½, middling Amerik. 11½, fair Dholera 10, middling fair Dholera 9½, good middling Dholera 9½, fair Bengal 8½, new fair Domra 10½, Bernam 12½, Smyrna 10½, Egyptische 13, schwimmende Orleans 12½, schwimmende Mobil 12½, new Domra, Schiff genannt, 9½, 8000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Middling Orleans 12½, middling amerikanische 11½.

Leith, 3. März. [Cochrane Pateron & Co.] Fremde Zufuhren der Woche in Tons: 1739 Weizen, 256 Gerste, 213 Bohnen, 70 Erbsen, 6512 Säde Mehl. — Geschäft sehr leblos, alle Artikel 1 s. niedriger mit wenig Umsatz.

Paris, 3. März. 3% Rente 71, 32½ — 71, 22½ — 71, 27½. Italienische 5% Rente 57, 40. Oesterl. Staats-G. Actionen 663, 75. Cr.-Mob.-Actionen 288, 75. Lomb. G. Actionen 486, 25. Lomb. Br. 231, 25, 6% B. St. vor 1882 (ungest.) 92%. Tabaksobligationen 430, 00. Tabaksactionen 151, 00. Türken 41, 90. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92½ gemeldet.

Paris, 3. März. 5% Rente 71, 32½ — 71, 22½ — 71, 27½. Italienische 5% Rente 57, 40. Oesterl. Staats-G. Actionen 663, 75. Cr.-Mob.-Actionen 288, 75. Lomb. G. Actionen 486, 25. Lomb. Br. 231, 25, 6% B. St. vor 1882 (ungest.) 92%. Tabaksobligationen 430, 00. Tabaksactionen 151, 00. Türken 41, 90. Consols von

Paris, 3. März. 3% Rente 71, 32½ — 71, 22½ — 71, 27½. Italienische 5% Rente 57, 40. Oesterl. Staats-G. Actionen 663, 75. Cr.-Mob.-Actionen 288, 75. Lomb. G. Actionen 486, 25. Lomb. Br. 231, 25, 6% B. St. vor 1882 (ungest.) 92%. Tabaksobligationen 430, 00. Tabaksactionen 151, 00. Türken 41, 90. Consols von

Paris, 3. März. 3% Rente 71, 32½ — 71, 22½ — 71, 27½.

Anwerpen, 3. März. [Getreidemarkt] Weizen und Roggen geschäftlos. Petroleum, Raffinirtes, Type weiß, loco 58 a 57½, vor März April 58.

Newyork, 2. März. Gold-Agio 32½ (Gold-Agio höchster

Cours 32½, niedrigster 31½), Wechselcours a. London in Gold 109,

6% Amerik. Anleihe vor 1882 117½, 6% Amerikanische Anleihe vor 1885 115½, 1865er Bonds 112½, 10/40er Bonds 106, Illinois 141, Triebahn 36½, Baumwolle, Middling Upland 29½, Petroleum raffinirt 35½, Mais 1, 02, Mehl (extra state) 6, 45, bis 7, 05. Zucker 13½, Bink 6½. Angelkommen: Die Dampfer "City of London", "Denmark", "Halifax", "City of Manchester".

Berlin, 4. März. Aufgegeben 2 Uhr 35 Min.

Lebhaft 14-18-20 R. — Leintafat seine, vor 70½ Bollg. 80 bis 92 R. — Leintafat ord. 50 bis 65 R. — Kleesaat, rothe, vor Okt. 10/14 R. — Leintafat 8/12/13½ R. bez. — Leintafat ohne Fas 9½ R. — Leintafat ohne Fas 10½ R. — Leintafat ohne Fas 11½ R. — Leintafat ohne Fas 12½ R. — Leintafat ohne Fas 13½ R. — Leintafat ohne Fas 14½ R. — Leintafat ohne Fas 15½ R. — Leintafat ohne Fas 16½ R. — Leintafat ohne Fas 17½ R. — Leintafat ohne Fas 18½ R. — Leintafat ohne Fas 19½ R. — Leintafat ohne Fas 20½ R. — Leintafat ohne Fas 21½ R. — Leintafat ohne Fas 22½ R. — Leintafat ohne Fas 23½ R. — Leintafat ohne Fas 24½ R. — Leintafat ohne Fas 25½ R. — Leintafat ohne Fas 26½ R. — Leintafat ohne Fas 27½ R. — Leintafat ohne Fas 28½ R. — Leintafat ohne Fas 29½ R. — Leintafat ohne Fas 30½ R. — Leintafat ohne Fas 31½ R. — Leintafat ohne Fas 32½ R. — Leintafat ohne Fas 33½ R. — Leintafat ohne Fas 34½ R. — Leintafat ohne Fas 35½ R. — Leintafat ohne Fas 36½ R. — Leintafat ohne Fas 37½ R. — Leintafat ohne Fas 38½ R. — Leintafat ohne Fas 39½ R. — Leintafat ohne Fas 40½ R. — Leintafat ohne Fas 41½ R. — Leintafat ohne Fas 42½ R. — Leintafat ohne Fas 43½ R. — Leintafat ohne Fas 44½ R. — Leintafat ohne Fas 45½ R. — Leintafat ohne Fas 46½ R. — Leintafat ohne Fas 47½ R. — Leintafat ohne Fas 48½ R. — Leintafat ohne Fas 49½ R. — Leintafat ohne Fas 50½ R. — Leintafat ohne Fas 51½ R. — Leintafat ohne Fas 52½ R. — Leintafat ohne Fas 53½ R. — Leintafat ohne Fas 54½ R. — Leintafat ohne Fas 55½ R. — Leintafat ohne Fas 56½ R. — Leintafat ohne Fas 57½ R. — Leintafat ohne Fas 58½ R. — Leintafat ohne Fas 59½ R. — Leintafat ohne Fas 60½ R. — Leintafat ohne Fas 61½ R. — Leintafat ohne Fas 62½ R. — Leintafat ohne Fas 63½ R. — Leintafat ohne Fas 64½ R. — Leintafat ohne Fas 65½ R. — Leintafat ohne Fas 66½ R. — Leintafat ohne Fas 67½ R. — Leintafat ohne Fas 68½ R. — Leintafat ohne Fas 69½ R. — Leintafat ohne Fas 70½ R. — Leintafat ohne Fas 71½ R. — Leintafat ohne Fas 72½ R. — Leintafat ohne Fas 73½ R. — Leintafat ohne Fas 74½ R. — Leintafat ohne Fas 75½ R. — Leintafat ohne Fas 76½ R. — Leintafat ohne Fas 77½ R. — Leintafat ohne Fas 78½ R. — Leintafat ohne Fas 79½ R. — Leintafat ohne Fas 80½ R. — Leintafat ohne Fas 81½ R. — Leintafat ohne Fas 82½ R. — Leintafat ohne Fas 83½ R. — Leintafat ohne Fas 84½ R. — Leintafat ohne Fas 85½ R. — Leintafat ohne Fas 86½ R. — Leintafat ohne Fas 87½ R. — Leintafat ohne Fas 88½ R. — Leintafat ohne Fas 89½ R. — Leintafat ohne Fas 90½ R. — Leintafat ohne Fas 91½ R. — Leintafat ohne Fas 92½ R. — Leintafat ohne Fas 93½ R. — Leintafat ohne Fas 94½ R. — Leintafat ohne Fas 95½ R. — Leintafat ohne Fas 96½ R. — Leintafat ohne Fas 97½ R. — Leintafat ohne Fas 98½ R. — Leintafat ohne Fas 99½ R. — Leintafat ohne Fas 100½ R. — Leintafat ohne Fas 101½ R. — Leintafat ohne Fas 102½ R. — Leintafat ohne Fas 103½ R. — Leintafat ohne Fas 104½ R. — Leintafat ohne Fas 105½ R. — Leintafat ohne Fas 106½ R. — Leintafat ohne Fas 107½ R. — Leintafat ohne Fas 108½ R. — Leintafat ohne Fas 109½ R. — Leintafat ohne Fas 110½ R. — Leintafat ohne Fas 111½ R. — Leintafat ohne Fas 112½ R. — Leintafat ohne Fas 113½ R. — Leintafat ohne Fas 114½ R. — Leintafat ohne Fas 115½ R. — Leintafat ohne Fas 116½ R. — Leintafat ohne Fas 117½ R. — Leintafat ohne Fas 118½ R. — Leintafat ohne Fas 119½ R. — Leintafat ohne Fas 120½ R. — Leintafat ohne Fas 121½ R. — Leintafat ohne Fas 122½ R. — Leintafat ohne Fas 123½ R. — Leintafat ohne Fas 124½ R. — Leintafat ohne Fas 125½ R. — Leintafat ohne Fas 126½ R. — Leintafat ohne Fas 127½ R. — Leintafat ohne Fas 128½ R. — Leintafat ohne Fas 129½ R. — Leintafat ohne Fas 130½ R. — Leintafat ohne Fas 131½ R. — Leintafat ohne Fas 132½ R. — Leintafat ohne Fas 133½ R. — Leintafat ohne Fas 134½ R. — Leintafat ohne Fas 135½ R. — Leintafat ohne Fas 136½ R. — Leintafat ohne Fas 137½ R. — Leintafat ohne Fas 138½ R. — Leintafat ohne Fas 139½ R. — Leintafat ohne Fas 140½ R. — Leintafat ohne Fas 141½ R. — Leintafat ohne Fas 142½ R. — Leintafat ohne Fas 143½ R. — Leintafat ohne Fas 144½ R. — Leintafat ohne Fas 145½ R. — Leintafat ohne Fas 146½ R. — Leintafat ohne Fas 147½ R. — Leintafat ohne Fas 148½ R. — Leintafat ohne Fas 149½ R. — Leintafat ohne Fas 150½ R. — Leintafat ohne

